Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

28.1.1922 (No. 24)

Visual Library

№ 24 Samstag, den 28. Januar 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 ℳ — Einzelnummer 50 ℳ — Anzeigengebühr: 80 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Warnung vor dem Rechtsstudium.

** Der Zudrang zum Rechtsstudium, der nach Kriegsende in erhöhtem Maße sich bemerkbar machte, hat nunmehr einen geradezu beängstigenden Umfang angenommen. Die Zahl der im letzten Sommerhalbjahr an den deutschen Universitäten eingeschriebenen badischen Studierenden der Rechtswissenschaft hat mit 579 den höchsten Stand erreicht. Dementsprechend ist auch die Zahl der Rechtskandidaten, die im vergangenen Jahr die erste juristische Staatsprüfung in Baden bestanden haben, außerordentlich groß. Sie betrug nicht weniger als 91.

Da der starke Andrang auch jetzt, volle 3 Jahre nach dem Kriege, noch anhält, kann er nicht mehr allein auf die Rückkehr der am Studium verhinderten Kriegsteilnehmer zurückgeführt werden. Vielmehr scheint in den Kreisen der Beteiligten die Auffassung zu bestehen, daß sich den jungen Juristen gute Aussichten böten.

Diese Auffassung entspricht, soweit der Staatsdienst sowohl als auch der Rechtsanwaltsberuf in Frage kommen, nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Sowohl im höheren staatlichen Justizdienst als auch im höheren staatlichen Dienst der inneren Verwaltung wird der Bedarf an Anwärtern für die kommenden Jahre nur sehr gering sein. Auch die Rechtsanwaltschaft ist schon seit Jahren überfüllt und kann ohne Gefährdung der Existenz der Rechtsanwälte keine erhebliche Zunahme mehr ertragen. Unter diesen Umständen muß von dem Rechtsstudium mit aller Entschiedenheit abgeraten werden.

Ein Schritt vorwärts und aufwärts.

N.-S. **Berlin**, 27. Januar.

Nach fast übermenschlichen Anstrengungen ist es in allerletzter Stunde gelungen, das sogenannte Steuerkompromiß zustande zu bringen, das es der Regierung ermöglicht, die ihr in dem Canner Beschluß der Reparationskommission vom 13. Januar gemachte Auflage zu erfüllen und der Kommission das verlangte vollständige Programm für den deutschen Staatshaushalt und was damit zusammenhängt, rechtzeitig, d. h. bis zum 27. Januar zu unterbreiten. Daß die Parteien sich ehrlich um eine Einigung bemühten, war nicht zu verkennen, aber die sachlichen Gegensätze waren zu groß und so stand die Entscheidung wirklich auf des Messers Schneide. Selbstverständlich wäre es schon außerordentlich unerwünscht gewesen und hätte unsere Lage der Kommission und den verbündeten Mächten gegenüber erheblich verschlechtern müssen, wenn wir hätten versuchen wollen, eine Verlängerung der uns gestellten Frist zu erzielen, und wir haben wirklich das allergrößte Interesse daran, das Vertrauen auf unseren guten Willen, das bei unseren Gläubigern ohnedies noch nicht sonderlich stark entwickelt ist, allmählich zu festigen, statt es durch Verzögerungen, die einer unfreundlichen Beurteilung immer als Nachlässigkeiten erscheinen werden, aufs neue zu erschüttern. Wir mußten uns auch sagen, daß die sachliche Prüfung unserer Darlegungen und Vorschläge umso strenger ausfallen würde, je später sie kamen, und wir hatten wirklich keinen Grund, die zu erwartende Kritik dadurch im voraus zu verschärfen. Denn wenn unser Programm ohne Zweifel denselben Geist der Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Opferbereitschaft atmet, der in Cannes einen unverkennbar guten Eindruck gemacht hat, so bleibt doch die Aufgabe als solche außerordentlich schwierig, und das feindselige Auge des Ministeriums Poincaré wird gewiß jede schwächere Stelle entdecken, die etwa vorhanden ist, sogar solche, die nicht vorhanden sind.

Es ist also überaus erfreulich und es kann vielleicht als der erste Schritt zum wirklichen Wiederaufstieg bezeichnet werden, daß die Parteien des Reichstags den Weg zur Einigung doch noch gefunden haben und zwar, wie es die Sache erfordert, auf dem Boden gegenseitiger Zugeständnisse. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, haben in die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark gewilligt, die eine schwere Belastung des fundierten Vermögens bedeutet, wogegen die Sozialdemokratie sich bereitgefunden hat, auch die Konsumgenossenschaften der Umsatzsteuer zu unterwerfen, die gleichzeitig auf dem Kompromißwege einheitlich auf 2¼ v. H. festgesetzt wurde, und außerdem die Kohlensteuer von 40 Prozent und die Zuckersteuer von 50 M. je Doppelzentner gutzuheißen. Das bedeutet zusammen mit den 24 anderen Steuervorlagen eine nicht minder empfindliche Heranziehung der breitesten Schichten des Volkes, als die Zwangsanleihe sie für die besitzenden Klassen darstellt, aber auf andere Weise war das große Problem überhaupt nicht zu lösen und war insbesondere nicht der unerläßliche Eindruck beim Ausland hervorzurufen, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten bereit und entschlossen sei, innerhalb der Grenzen des Menschenmöglichen das äußerste zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu tun.

Was in den heißen und langwierigen Kämpfen der letzten Tage schließlich gesiegt hat, ist die Überzeugung von der Notwendigkeit, die bisherige Politik fortzusetzen. Man konnte sich nicht darüber täuschen, daß die Stellung der Regierung unhaltbar geworden wäre, wenn es sich als unmöglich herausgestellt hätte, auf dem Wege von Cannes weiterzuschreiten. Man mußte sich aber auch klar darüber sein, daß ein Rücktritt des Ministeriums Wirth keine Lösung, sondern im Gegenteil eine Verwicklung von unabsehbaren Folgen, ja das Chaos bedeutet hätte, zum Mindesten aber einen zerstörenden Nachfrost für die keimende Saat unserer Hoffnungen. Somit erstreckt sich die Bedeutung des Kompromisses weit über seinen unmittelbaren Gegenstand und dessen nächste Zusammenhänge hinaus auf unser ganzes innenpolitisches Leben und bringt diesem die langersehnte festere und breitere Grundlage. Das außenpolitische und das innenpolitische Problem waren unlösbar miteinander verknüpft; unsere Verständigung mit dem Ausland konnte nicht erfolgreich fortschreiten, wenn wir uns nicht im Innern zu einigen vermochten, nun wirkt dieses Fortschreiten hoffentlich seinerseits zurück auf die Konsolidierung des inneren Wiederaufbaues. Die Autorität der Regierung war in den letzten Wochen und Monaten zeitweise außerordentlich schwach gewesen. So durfte es nicht weitergehen. Nun hat sie einen Sieg errungen, der umso freudiger zu begrüßen ist, als er etwas viel höheres und besseres ist, als ein Sieg irgendwelcher politischer Persönlichkeiten, nämlich ein Sieg des Gedankens, in dem die einzige Möglichkeit unserer Rettung liegt. Die vom Reichskanzler wiederholt mit tiefstem Ernst gestellte Frage war, ob wir überhaupt durch diesen harten und schweren Winter kommen würden, jetzt und jetzt erst läßt sich diese Frage bejahen.

Badischer Landtag.

Der Schlußtag der politischen Aussprache.

Zwei große Reden aus dem Hause, gehalten von den **Abgg.** Maier-Heidelberg (Soz.) und Dr. **Baumgartner** (Zentr.), abwehrende, eindrucksvolle Erklärungen und Bemerkungen der Minister **Remmele**, Dr. **Engler** und **Köhler** und dann — Annahme des Schlußantrages. Das war das Signum des gestrigen Tages! Es dauerte bis ¾6 Uhr abends, ehe der schon lange vorher eingereichte Schlußantrag zur Abstimmung gebracht werden konnte. Er fand mit den Stimmen der Koalitionsparteien Annahme. Die Debatte war geschlossen, die politische Aussprache beendet. Zwar fielen unter das Fallbeil des Schlußantrages etwa 10 Redner, die sich noch gemeldet hatten, allein das Haus zeigte keine Lust, deswegen eine Samstagssitzung — an Samstagen sind an sich Sitzungen nicht üblich — abzuhalten oder über diese Woche hinaus zu tagen; die politische Aussprache mußte also beendet werden.

Dann gabs noch einmal eine politische Sensation: wie werden sich die außerhalb der Koalition stehenden Parteien zu der vorliegenden **Vertrauenserklärung** für die Regierung verhalten? Man empfing rasch Aufklärung durch die abgegebenen kurzen Erklärungen. Es stimmten für das Vertrauensvotum das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten, sowie die liberale Volkspartei, obwohl sie außerhalb der Regierung steht. Damit war es mit großer Mehrheit angenommen, denn diese vier Parteien verfügen zusammen über 66 Mandate. Dagegen stimmten die Kommunisten und Unabhängigen, der Stimme enthielten sich die Deutschnationalen und — der Landbund. Auf der letzteren Abstimmung war man gespannt; ihr Sprecher Klaiber erklärte, der Landbund wolle der Regierung gegenüber eine abwartende Stellung einnehmen.

Damit waren die parlamentarischen Aktionen für die politische Debatte erledigt. — **Es folgte die Wahl der 9 Arbeitnehmer-Mitglieder** für das Finanzgericht, welche die Bezirkswirtschaftsräte vorzunehmen haben. Die letzteren sind aber noch nicht gebildet, also mußte das Parlament ihre Wahl vornehmen. — Darauf wurden noch einige Kurze Anfragen durch die Vertreter der Regierung beantwortet. Der Schluß der Sitzung war gekommen; da in nächster und übernächster Woche das **Budget** vorgelegt und die Haushaltskommission in übernächster Woche sich mit ihm beschäftigen wird, findet die nächste Sitzung erst ungefähr **Mitte Februar** statt.

Es waren interessante Tage, welche der badische Landtag sah, die politische Auswirkung der gehaltenen Reden dürfte längere Zeit nachhallen.

Nachstehend lassen wir den Sitzungsbericht folgen:

DZ. **Karlsruhe**, 27. Januar.

In der heutigen Nachmittagssitzung wurde die politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Dr. **Baumgartner** (Ztr.) führt bezüglich der Deutschnationalen aus: Wir sind bereit, jedem die Hand zu bieten, der guten Willens ist, am Aufbau des Staates und Wirtschaftslebens im Rahmen und auf dem Boden der Verfassung mitzuarbeiten. Sehr sympathisch berührt hätten ihn die Ausführungen des volksparteilichen Abg. Weber. Zur Linken gewandt, erklärt Redner: Sie werden es nie vom Zentrum erleben, daß es die sozialen Pflichten vernachlässigt. Mit dem Kultusminister sind wir darin einig, daß bei uns eine Notwendigkeit zur Aufrollung kultureller Gegensätze nicht besteht. Die rechtlichen Auseinandersetzungen mit der Kirche in Baden werden hoffentlich zu einem guten Ende führen. Die Neubearbeitung des Schullesebuches ist im Gange. Ich würde es schmerzlich empfinden, wenn jede Erinnerung an die Großtaten des deutschen Volkes im Weltkriege ausgeschlossen wäre. Die Meinung des Abg. Bock, daß die Mittelschulen ein Vorrecht der Reichen seien, läßt sich auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse nicht aufrecht erhalten. Ähnlich liegen die Dinge auf den Hochschulen. Die Not der Studenten ist sprichwörtlich geworden. Der Kampf gegen Schmutz und Schund im Theater und Kino muß mit allen Mitteln aufgenommen werden. Redner setzt sich dann mit der Rechten über die Kriegspolitik auseinander. Gegenüber dem Landbund hebt er das Wirken des Zentrums für die Landwirtschaft hervor und weist in seinen weiteren Ausführungen die Verallgemeinerung des von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurfs zurück, die Bauern hätten ihre Pflicht für die Ernährung nicht erfüllt. Erfreulich sei die Mitteilung des Finanzministers über die Kleinrentnerfürsorge, wonach im Reichsetat 100 Millionen ausgeworfen sind. Davon soll Baden 3½ Millionen erhalten, so daß einschließlich der Gemeindezuschüsse 10 Millionen zur Verfügung stehen werden. Die Erzbergerische Finanzreform war nicht so schlecht; sie hätte nur durchgeführt werden sollen. Unter voller Zustimmung zu den gestrigen programmatischen Erklärungen des Reichskanzlers rechtfertigt Redner zum Schluß die Erfüllungspolitik, dabei hoffend, daß Genua ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Verständigung und zum Frieden sein wird. (Beifall.)

Präsident **Wittemann** teilt mit, daß ein von Dr. Schofer (Ztr.), Glockner (Dem.) und Maier-Heidelberg (Soz.) unterzeichneter Antrag eingegangen sei, welcher der **Regierung das Vertrauen ausspricht**, ferner ein Antrag auf Schluß der Debatte.

Die Abg. D. **Mayer** (Dtl.) und **Klaiber** (Landbund) geben für ihre Fraktionen die Erklärung ab, daß man sich bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag der **Stimme enthalten** werde.

Die Abg. Frau **Unger** (U.S.P.) und **Ritter** (Komm.) protestieren gegen den Schlußantrag.

Der **Vertrauensantrag** wird sodann mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmen außer den **Koalitionsparteien** auch die **deutsche Volkspartei**, dagegen die äußerste Linke.

Gleichfalls mit großer Mehrheit findet der Antrag auf Schluß der Debatte Annahme.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe und **Maier**-Heidelberg, worauf die Wahl der neun ehrenamtlichen Mitglieder des Finanzgerichts aus dem Arbeitnehmerstande vorgenommen wird.

Das Haus erledigt noch eine Reihe kurzer Anfragen.

Die nächste Plenarsitzung findet voraussichtlich Mitte Februar statt, Der in kommender Woche zu erwartende Staatsvoranschlag geht direkt an den Haushaltsausschuß.

•

Badische Beschwerden an das Reich.

Unter dieser Überschrift schreibt der badische Mitarbeiter der „Reichskorrespondenz Nord Süd" aus Karlsruhe:

Selbstverständlich bekennt sich die neue badische Regierung mit aller Entschiedenheit zum Reich und zur Reichseinheit. Aber gerade weil Baden sich mit Recht darauf berufen kann, daß seine Reichstreue vorbildlich ist, hat die Regierung nicht zu zögern brauchen, um nun auch ihrerseits eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vor dem Forum des Landtags zur Sprache zu bringen. Schon der Staatspräsident hatte in seiner programmatischen Rede, in der er u. a. erklärt hatte, daß keine einzige deutsche Regierung irgend etwas mit monarchistischen Bestrebungen zu tun habe, bemerkt, die Reichstreue Badens schließe keineswegs aus, daß auch wir dem Reiche und der Reichsregierung gegenüber besondere Wünsche zu vertreten haben; und zwar vor allem den allgemeinen Wunsch, daß man bei der Vorbereitung wichtiger und bedeutsamer Schritte in rascherer und engerer Fühlung mit den beteiligten Ländern bleiben möge. Diese Forderung richtet sich jedoch nicht so sehr, wie der Staatspräsident ausführte, an die Reichsregierung selbst, sondern viel mehr an die nachgeordneten Stellen.

Was unter diesen Beschwerden zu verstehen ist, hat dann der badische Finanzminister Köhler durch Mitteilung von Einzelheiten des Näheren dargelegt. Die Klage über nicht rechtzeitige und nicht genügende Fühlungnahme bezieht sich darnach vor allem auf die Art und Weise, wie in letzter Zeit die Änderungen der Besoldungsordnung zustande gekommen sind. Statt daß der Reichstag auf den im Benehmen mit dem Reichsrat

gemachten Vorschlag der Reichsregierung hin von sich aus diese Fragen erledigt, erleben wir jetzt die sog. Tarifvertragspolitik, bei der niemand mehr etwas zu sagen hat, bei der vielmehr das Reichsfinanzministerium und die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft miteinander verhandeln, Abschlüsse machen und dann von den gesetzgebenden Organisationen verlangen, daß diese Abschlüsse in 24 Stunden zu genehmigen sind. Auf diese Weise werden Reichsrat und Reichstag zu reinen Geldbewilligungsmaschinen degradiert. Der Reichstag sucht dann sein Recht noch dadurch zu wahren, daß er die Vorlagen wohl annimmt, aber gleichzeitig erklärt, innerhalb der nächsten Zeit müsse eine Änderung durchgeführt werden. Das bringt dann wieder neue Beunruhigung in die Beamtenschaft hinein. Den Ländern aber ist jede Möglichkeit genommen, sich zu der Frage zu äußern, ob denn auch sie die neuen Gehaltserhöhungen tragen können. So ist auch jetzt wieder für die ersten 10 000 Mark des Grundgehalts und Ortszuschlags eine einheitliche Erhöhung des Teuerungszuschlags um 20 Prozent für alle Gruppen beschlossen worden. Die badische Regierung weiß heute noch nicht, ob sie hier dem Reichsgesetz in allem folgen wird. Jedoch hat die badische Regierung zu der Frage offiziell noch keine Stellung genommen.

Kommt die Beamtenschaft zu keiner Ruhe, so kommt aber auch die Finanz- und Steuerverwaltung bei der jetzt herrschenden Praxis zu keiner Ruhe. Den Beamten der Verwaltung ist es gar nicht mehr möglich, sich richtig und ordentlich in die einschlägigen Bestimmungen einzuarbeiten, da ja doch alle Augenblicke etwas geändert wird. Dabei ist es aber nicht etwa die Änderung der Ziffern selbst, sondern die Änderung der Methoden, die so verwirrend wirkt. Der badische Finanzminister hat wohl recht, wenn er vom Standpunkte der Verwaltung und des Staates auf dem Gebiet der Besoldungsreform endlich einmal ein ruhiges Jahr verlangt. Kein Mensch sei mehr imstande, sich auszukennen. Kein Beamter wisse mehr, was er zu bekommen hat. Nachdem jetzt insbesondere die Januaraktion ins Leben getreten ist, sei niemand mehr in der Lage, den ständig wachsenden Bestimmungen überhaupt nachzukommen.

Wir sind der Ansicht, daß man in Berlin diese Mahnung des badischen Finanzministers mit allem Ernst aufnehmen sollte, und zwar sowohl bei der Reichsregierung, als auch bei den regierenden Parteien des Reichstags. An sich scheint die Reichsregierung die Notwendigkeit der Forderung nach einer absoluten Ruhepausen von mindestens einem Jahr einzusehen. Aber es gibt eben immer wieder neue Aktionen, die diesen guten Willen lahmlegen. Grundsätzlich aber muß in Zukunft unter allen Umständen darauf gehalten werden, daß die Länder rechtzeitiger und ausgiebiger Gelegenheit bekommen, sich zu jenen neuen Aktionen zu äußern.

Weiter hat der Finanzminister gewisse Auswüchse der Zentralisierungsbestrebungen in Berlin getadelt. Bei verschiedenen Reichsstellen mache sich eine mehr und mehr ins Kraut schießende Überorganisation bemerkbar (man braucht u. a. nur an die Idee der Errichtung einer Reichsforstkammer mit einer Besetzung von 105 Mann zu denken!). Ferner droht eine Referentenwirtschaft einzureißen, die dazu führt, daß überhaupt kein Minister mehr seine Referenten vollzählig beisammen hat. Alle Augenblick werden sog. Referentenbesprechungen abgehalten. Das löst aber natürlich jeden geordneten Geschäftsbetrieb auf. Da sollten deshalb auch einmal die Volksvertretungen ein energisches Wort reden.

Weiter hat der Finanzminister darauf hingewiesen, daß es in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß die verfassungsmäßige Mitwirkung des Reichsrats einfach dadurch umgangen wurde, daß die Parteien im Reichstag Initiativanträge eingebracht haben, Anträge, deren Entstehung allerdings mehr oder weniger in den einzelnen Reichsministerien zu suchen ist. Der letzte Fall in dieser Richtung ereignete sich bekanntlich bei der Reform des Einkommensteuertarifs im Dezember 1921.

Auch auf dem Gebiete der Eisenbahn sind Klagen vorzubringen. Die Wünsche Badens, die auf Gewährung von Ausgleichstarifen für die Wasserumschlagsplätze und auf die Beseitigung der geradezu unglaublichen Expreßguttarife ausgehen, sind bisher noch nicht berücksichtigt worden. Diese Nichtberücksichtigung entspricht aber keineswegs dem Sinne des Staatsvertrages, den Baden s. Zt. beim Übergang seiner Eisenbahnen an das Reich mit diesem abgeschlossen hat.

Schließlich ist auch auf dem Gebiete der Reichspostverwaltung manches vorzubringen, was eine nicht genügende Berücksichtigung der berechtigten Wünsche Badens bedeutet.

Was die Finanzlage Badens selbst anlangt, so hat Finanzminister Köhler diese Lage als außerordentlich ernst gekennzeichnet, gleichzeitig aber hervorheben können, daß die badischen Finanzen an sich durchaus gesund sind und gesund bleiben werden, wenn allenthalben das Prinzip der äußersten Sparsamkeit durchgeführt wird. Natürlich hat auch diese Voraussetzung mit in erster Linie für das Reich zu gelten.

Badische Wochenrückblicke.

Vorschüsse für Pensionäre.

Eine für die badischen Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen erfreuliche Nachricht konnten wir dieser Tage im amtlichen Teil unseres Blattes veröffentlichen. Aus mehrfachen Gründen, vor allem deswegen, weil die Vorlage der Reichsregierung über die Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes im Reichsrat und Reichstag noch nicht verabschiedet ist, hat dem badischen Landtag bislang noch keine Vorlage über die endgültige Festsetzung der Bezüge der zur Ruhe gesetzten Beamten und der Beamtenhinterbliebenen gemacht werden können. Um eine Benachteiligung dieser badischen Pensionäre zu vermeiden, ist ihnen bereits im Dezember ein Vorschuß auf die Erhöhung ihrer Bezüge gegeben worden, die sich aus der allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter nach dem Gesetz vom 21. November v. J. ergibt. Dabei war der nach den Absichten der Reichsregierung zu erwartende erhöhte Teuerungszuschlag von 20 v. H. berücksichtigt. Dieser Tage nun hat das Finanzministerium die Ausbezahlung eines nochmaligen Vorschusses angeordnet, bei dem die allgemeine Erhöhung der Ortszuschläge seit dem 1. Oktober bereits berücksichtigt ist, während allerdings Änderungen der Einreihung eines Ortes in die Ortsklassen ohne Wirkung bleiben mußten, weil der Ortszuschlag nach dem Durchschnittssatz des vollen Ortszuschlages für alle Ortsklassen berechnet wird. Für die Beamtenwitwen ist der Vorschuß für die zwei Monate Januar und Februar 1922 berechnet, für die zuruhegesetzten Beamten für die drei Monate Januar bis März 1922.

In den Kreisen der Beteiligten, die den auf der Allgemeinheit der Festbesoldeten lastenden Druck der Teuerung infolge der Ungewißheit über ihre Bezüge in den nächsten Monaten in ganz besonderem Maße empfinden mußten, wird diese Fürsorgemaßregel des Finanzministeriums mit lebhafter Genugtuung aufgenommen werden. Diese Genugtuung wird noch durch den Umstand erhöht, daß Anordnung getroffen ist, daß die Auszahlung sofort beginnt. Es ist im übrigen zu hoffen, daß die maßgebenden Faktoren im Reich, Reichsrat und Reichstag das Pensionsergänzungsgesetz mit möglichster Beschleunigung erledigen, so daß auch die Einkommensverhältnisse der Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen endlich auf eine feste Grundlage gestellt werden können.

*

Schwarzbrenner und Schnapstrinker.

Zu wiederholten Malen konnte in den letzten Wochen über den von unseren Behörden mit Energie und Umsicht durchgeführten Kampf gegen die heimlichen Schnapsbrenner in Baden berichtet werden. Es waren zum Teil ganz erstaunliche Einzelheiten, die über die Ergebnisse der bei Tag und Nacht unternommenen Streifen bekannt wurden, Einzelheiten, die beweisen, daß den Brüdern von der unsauberen Gilde der Schwarzbrenner jeder Rest von Ehrlichkeit, Menschlichkeit und Gewissen abhanden gekommen ist. Man kann die Sache aber — ohne etwa das Urteil über das verwerfliche Treiben dieser Verbrecher am Volkswohl zu mildern — auch noch von einer anderen Seite ansehen. Es gibt nämlich nicht nur Schnapsbrenner, sondern auch Schnapstrinker. Diesen redete kürzlich die „Mannheimer Volksstimme" ins Gewissen, indem sie daran erinnerte, welche Werte durch das Schwarzbrennen verloren gehen. „Werden, so schreibt sie, doch sogar Zucker, Mehl, selbst Nudeln vom Mammonsgeist dieser Schnapsbrenner erfaßt: Welche Unsummen von Nährwerten auf diese Weise in unserm Volk fortwährend vergeudet werden, mag man sich allein aus der Tatsache errechnen, daß beispielsweise im letzten Jahre von der gesamten Kirschenernte rund drei Viertel in den Schnapskessel gewandert sein sollen. Verteuerung der Lebensmittel, Unterernährung der städtischen Bevölkerung, Verschlechterung unserer Valuta, Trunksucht und eine Anzahl anderer böser Folgen, insbesondere unheilvolle Verbitterung der städtischen Bevölkerung gegen Teile der ländlichen Bevölkerung werden beobachtet. Die Erregung der übrigen Bevölkerung gegen die Schnapsbrenner, insbesondere gegen die Schwarzbrenner, ist durchaus begreiflich. Verständlich ist das laute Rufen nach dem starken Mann der Regierung, der hier Abhilfe schaffen soll, und es scheint, als ob die Regierung ihrer Pflicht bewußt, auch wirklich vielfach herzhaft zugegriffen habe. Ist aber das Eingreifen der Regierung wirklich das einzige Mittel gegen die Schnapsgefahr oder besitzen wir nicht noch weitere Mittel, um der Gefahr zu begegnen?" Und das Blatt glaubt denn auch, diese Frage bejahen zu können, indem es erklärt, daß die eigentlichen Schädlinge bei näherem Zusehen die Schnapstrinker seien und daß es keinem Bauer mehr einfallen werde, Schnaps zu brennen, wenn ihm niemand mehr denselben abnehme.

In diesem Gedanken steckt zweifellos ein wahrer Kern. Der erhöhte Schnapskonsum, der mancherorts zu beobachten ist und der ganz besonders verwerflich ist, wenn er sich auf Kinder und Jugendliche erstreckt, bildet naturgemäß einen starken Anreiz zur Schwarzbrennerei. Man wende nur nicht ein, daß der heimlich hergestellte Schnaps ja größtenteils ins Ausland gehe; kommt er ja doch von dort mit Sicherheit wieder in „veredelter Form", als französischer Originallikör o. ä. irgendwie und irgendwann nach Deutschland zurück, unser Valutaelend aufs neue vermehrend. Wer also dazu beitragen will, daß die volksfeindliche Schnapspest allmählich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde, der wird gut tun, bei Gelegenheit sich diese Ausführungen vor Augen zu halten bezw. sie andern vor Augen zu führen.

*

Erweiterung des Freiburger Industriegebiets.

Die Tendenz zur fortschreitenden Industriealisierung unserer Städte macht sich jetzt, nachdem vor kurzem Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe mit Eifer an die Schaffung neuen Industriegeländes schritten, auch in Freiburg in stärkerer Weise bemerkbar. Die Stadt hat schon während des Krieges, im Jahre 1916, die Bereitstellung eines größeren Industriegebietes beschlossen, das in zwei Abteilungen aufgeschlossen werden sollte. Das gesamte Gelände des ersten Blockes ist in der Zwischenzeit an Industriefirmen veräußert worden. Auch von Block III ist bereits ein Teil Gelände vergeben; mit einer Reihe von Liebhabern für weiteres Gelände schweben bereits Verhandlungen; außerdem bedarf das städtische Tiefbauamt einen Teil des Komplexes zu Lagerzwecken. Der Stadtrat hat aus diesen Gründen dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, nach welcher nunmehr zur Aufschließung des zweiten Blocks geschritten werden soll und zwar mit einem Gesamtaufwand von 2 265 0000 M. einschließlich der Versorgung mit Wasser, Gas und Strom. Bemerkenswerterweise beabsichtigt der Stadtrat in Hinkunft die Abgabepreise nicht mehr auf eine bestimmte Höhe festzusetzen, sondern (gewisse, vom Bürgerausschuß besonders zu genehmigende Fälle ausgenommen), einfach den auf den jeweiligen Selbstkosten einschließlich der Kosten für die Stromversorgung und Gas- und Wasserleitung aufgebauten Kaufpreis oder Erbbauzins zu verlangen und auf diesen dann, soweit es sich um neu zu errichtende industrielle Anlagen handelt, einen Nachlaß bis zu 20 Prozent zu gewähren. Lagerplätze sollen nur im Wege kurzfristiger Vermietung erfolgen. Der Stadtrat läßt also bei dieser Geländeerschließung ein Maß von Vorsicht walten, das die Stadt zuverlässig vor Verlusten bewahren dürfte. Andererseits erscheinen auch die Bedingungen für die Industrie zum mindesten nicht ungünstig, so daß als sicher anzunehmen ist, daß das Wirtschaftsleben der Breisgaustadt durch der Verwirklichung des Aufschließungsplanes eine erhebliche Förderung erfahren wird. -f.

Landestheater.

„Freund Heißsporn".

(Erstaufführung.)

Diesmal bekam die Volksbühne eine Erstaufführung mit Emil Götts dreiaktigem Lustspiel „Freund Heißsporn spendiert. Herr Direktor Blum trat zunächst wieder vor den Vorhang und las den Anwesenden ein kleines Privatissimum über das Lustspiel im allgemeinen und das von Emil Gött im besonderen, in dem er viel Verständiges und Herzliches über den allzu früh der Kunst entrissenen Dichter und Dramatiker sagte, was viel rascher eine festliche Stimmung und Erwartung auf das Kommende weckte, als wenn etwa ein grundgelehrtes Haus eine tiefschürfende Studie losgelassen hätte. Herr Direktor Blum besitzt pädagogisches Geschick: seine Einführungen haben Hand und Fuß und ermüden nicht. Und das Publikum lernt etwas dabei. Manchem Theaterbesucher ist vielleicht gestern abend zum erstenmal der Unterschied zwischen einem Schwank und einem Lustspiel aufgegangen.

Emil Gött durfte seinen „Freund Heißsporn" mit Recht ein Lustspiel nennen. Er dachte selbst zwar gering davon, weil er viel Selbstkritik besaß und mit seinen dichterischen Schöpfungen immer scharf ins Gericht ging. Wir urteilen aber heute anders darüber, wenn wir diesem Jugendwerk all das entgegenhalten, was die letzten Jahre, ja Jahrzehnte an Lustspielen hervorgebracht haben. Es ist herzlich wenig Wertvolles und Echtes darunter. Mehr Spreu als Körner. Götts „Freund Heißsporn" kann sich daneben schon sehen lassen, ohne erröten zu müssen. Und es ist erfreulich, daß unser Landestheater mit der gestrigen Aufführung dem Dichter von heimischem Stamm und Blut gegenüber eine letzte Ehrenpflicht einlöste. Nunmehr ist der Ring geschlossen und Götts sämtliche Dramen sind über unsere Bühne gezogen.

Obwohl er den „Freund Heißsporn" als junger Mann geschrieben, so hat er doch gleich in diesem Erstlingswerk die Grundakkorde seines Wesens angeschlagen, die später in einer immer reifer und klarer sich äußernden Sprache voll und rein ausklingen. Das eine ist dem jungen Dichter schon hier überraschend gut gelungen: Menschen und keine Puppen hat er auf die Bühne gerufen, und aus ihrem Charakter und Temperament läßt er die Verwicklungen entspringen, die er dann durch die Klugheit und Herzensgüte der sympathischsten Gestalt des Stückes, durch die prächtige Frau Christiane, mit zarten Händen entwirren läßt. Kein deus ex machina wird zitiert, der die Hemmnisse mit äußerlichen Machtmitteln zerreißt. Die Auflösung des Konflikts erfolgt in glücklicher und überzeugender Weise von innen heraus durch seelische Läuterung, die sich für Gemüt und Charakter als heilsam und wahrhaft förderlich erweist. Gött fand die dichterische Kraft in sich „zur ethischen Vertiefung des Stoffes", wie Prof. Dr. W. E. Oeftering in seiner feinsinnigen Einführung zum Lustspiel, die die Besucher in die Hand bekamen, mit Recht hervorhebt. Auf diesem Blatt befindet sich auch die Kalendergeschichte aus dem „Lahrer hinkenden Boten" vom Jahre 1817 abgedruckt, aus der Gött seine Lustspielidee geschöpft hat, so daß sich ein näheres Eingehen auf den leicht faßlichen Inhalt erübrigt.

Die Aufführung war von Herrn Baumbach in Szene gesetzt. Wieder bewährte sich seine kundige Hand in der Schaffung einer charakteristischen szenischen Umrahmung, die den uns heute widerlichen Geschmack der 80er Jahre in gemäßigter Form durchblicken ließ. Das Zusammenspiel verlief mit den rhthmischen Abstufungen und Steigerungen, wie sie Charakter und Stimmung der Szene verlangten. Für die Rolle des Freund Heißsporn besitzt unser Schauspiel in Herrn Herz einen glänzenden Vertreter. Wie ein Sturm fuhr sein Fritz Storm in den Frieden des stillen Pfarrhauses und richtete in den Herzen greuliche Verwüstungen an. Sein Storm war wirklich ein Heißsporn, ein toller, wilder, unbezähmbarer Draufgänger, mit Dynamit gefüllt, der jeden Augenblick zu platzen drohte. Neben ihm ist dann vor allem Fräulein Noorman zu nennen, der die wertvollste Partie des Lustspiels zugefallen war, die prächtige Frau Christiane, die sie auch trotz Indisposition mit frischer Natürlichkeit, mit feiner Klugheit und warmer Herzensgüte verkörperte. Ihren Gatten Heinrich, dem eine mehr passive Rolle zugefallen ist, wußte Herr Bürkner zu einer sympathischen Figur zu gestalten. Das gute Pastorsehepaar Wilke fand durch Herrn Höcker und Fräulein Frauendorfer eine etwas schrullige, altmodische, frömmelnde Darstellung. Die Töchter Martha und Thea waren bei Fräulein Müller und Fräulein Nassé gut aufgehoben. Die witzige Charakterisierung des zart besaiteten Theophil Uhlemann wurde wieder eine jener belustigenden Kabinettsleistungen Herrn Paul Müllers, während die etwas derbere Komik der redseligen Trine in Fräulein Genter ihre Meisterin gefunden hatte. So konnte es nicht fehlen, daß das Volksbühnenpublikum sich bald in bester Stimmung befand, die in herzlichem Lachen und Beifall lebhaft zum Ausdruck kam.

Hugo Roller.

Vortragsabend Professor Dr. Holl.

Am Donnerstag abend veranstaltete die „Gesellschaft für deutsche Bildung, Ortsgruppe Karlsruhe" im großen Hörsaal des chemischen Instituts einen leider nur allzu mangelhaft besuchten Vortragsabend. Herr Hochschulprofessor Dr. Holl sprach über das Thema: „Das deutsche Lustspiel zur Zeit der Klassik". Redner setzte die Vertrautheit seines Publikums mit der deutschen Luspieldichtung jener Zeit (hauptsächlich der Weimarer Periode, Mitte des 18. Jahrhunderts bis gegen Mitte des 19. Jahrhunderts) im wesentlichen voraus. In knapp 1½stündigen, mit großer Sprachgewandtheit vorgetragenen Ausführungen gelang es Herrn Professor Dr. Holl, seinen Hörern einen gedrängten Überblick über Gestalt und Wandlung der deutschen Lustspieldichtung der klassischen Periode, ihren inneren und äußeren Aufbau, Inhalt und Stellungnahme zu den herrschenden Zeitströmungen, zu Sozialpolitik und Kultur (Theater, bürgerliches Leben usw.) zu geben und die Hauptvertreter dieser Literarischen Richtung zu nennen und ihre Persönlichkeit und wichtigen Lustspieldichtungen wenigstens kurz zu charakterisieren.

Die große literarische Stoffmenge des ein ganzes bedeutungsvolles Jahrhundert deutscher Kultur umfassenden Themas, das einer eingehenden Besprechung wohl würdig wäre, verbietet leider ein näheres Eingehen auf die für jeden Literaturbeflissenen äußerst interessanten und lehrreichen Ausführungen.

v. Bcq.

2. musikalische Abendfeier. Auf die am Montag, den 30. Januar, im Landestheater stattfindende zweite musikalische Abendfeier sei auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Von besonderem Interesse für das musikliebende Publikum dürfte das erste Auftreten von Frl. Elise Mayer aus Berlin hier in Karlsruhe sein. Die junge, sehr begabte Künstlerin ist eine Schülerin von Lilly Lehmann, der bedeutenden Sängerin und jetzt rühmlichst bekannten Gesangslehrerin. Die Lehmann zählt Frl. Mayer zu ihren besten und bevorzugten Schülerinnen. Mozart- und Brahmslieder sind von der Gastin bevorzugte Stücke. Frl. Mayer wird eine sehr umfangreiche und ansprechende Stimme neben der guten Schulung nachgerühmt. Es dürfte nach allem ein genußreicher Abend auch für anspruchsvolle Konzertbesucher werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über die Regierungserklärung fort. Es sprachen die Abgg. **Müller-Franken** (Soz.), **Marx** (Z.), **Breitscheid** (U.S.), Dr. **Becker-Hessen** (D.Vp), Dr. **Petersen** (Dem.), **Leicht** (B.Vp.,) Dr. **Levy** (Kom.), **Koenen** (Komm.) und **Hergt** (Dn.). Dabei fand die Politik der Regierung die Billigung des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokraten, während die Deutschnationalen und Kommunisten sie ablehnten. Der Redner der Deutschen Volkspartei erklärte, daß er zwar von seiner bisherigen Kritik an der Regierung nichts zurückzunehmen habe, daß seine Partei aber der Zwangsanleihe zustimme. Ein von den Kommunisten eingebrachtes **Mißtrauensvotum** wurde **gegen die 16 Stimmen der Kommunisten abgelehnt.** Auch die Unabhängigen beteiligten sich an der Ablehnung; die Deutschnationalen hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen. Samstag Fortsetzung der Besprechung der Interpellation betr. den Wagenmangel.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der **Auswärtige Ausschuß des Reichstages** trat gestern zu einer **Besprechung der Note der Reichsregierung an die Reparationskommission** zusammen. Zunächst berichtete Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium über den Inhalt der deutschen Note, die voraussichtlich bald veröffentlicht werde. Es sprachen hierzu noch die Abgeordneten Dr. Helfferich (DN.), Dr. Bernburg (Dem.), Stampfer (Soz.) u. Dauch (DVP.). Auch der Reichskanzler nahm zu kurzen Ausführungen das Wort. In Vertretung des erkrankten Abgeordneten Dr. Stresemann (DVP.) führte Abgeordneter Müller-Franken den Vorsitz. Den Verhandlungen wohnte Dr. Rathenau bei. Er beteiligte sich aber nicht an der Aussprache.

Auslandsstimmen zur Kanzlerrede.

Ein Berichterstatter des **„Daily Chronicle“** erfährt aus **Entente-Kreisen**, die von der deutschen Regierung in Aussicht genommene allgemeine Grundlage für finanzielle Reform, Garantien und Reparationen wurde als **befriedigend** angesehen. Das **Zustandekommen eines annehmbaren Steuerkompromisses sei ein großer Sieg für Dr. Wirth, dessen Prestige während der letzten Tage bei der Behandlung der äußerst schwierigen Frage zugenommen habe.** In einem Leitartikel schreibt das Blatt, **niemand dürfe der Tatsache blind gegenüberstehen, daß Deutschland eine Höchstanstrengung gemacht habe, die nicht wiederholt werden könne.**

*

Der **„Berner Bund“** schreibt zu den Erklärungen des Reichskanzlers: **Welcher Gegensatz zwischen den Erklärungen Poincarés und Wirths! Der französische Ministerpräsident unterließ nichts, um sein Programm den Wünschen der Kammer und den Instinkten der französischen Nationalisten anzupassen. Er konstruierte auf Kosten der politischen Klugheit und Wahrhaftigkeit einen lauten Erfolg. Der deutsche Reichskanzler dagegen verschmähte jeden äußeren Effekt.** Ohne jeden pathetischen Aufwand legte er sein Programm dar, schlicht in der Form, bestimmt und sachlich im Inhalt, ohne Ausfälligkeiten und Großsprechereien, aber getragen von einem tiefen sittlichen Ernst, einem ehrlichen Erfüllungswillen. Seine Worte wirken. **Wirth hat die Politik der Konsequenz für sich, er braucht sich nicht zu dementieren.** Seine Rede klang optimistisch aus. Er gibt damit seinem Lande und der Welt mehr, als alle Kritik und politischen Spiegelfechtereien zu tun vermöchten.

Die Konferenz von Genua.

Reuter meldet aus **Washington:** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die **Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit sei, an der Konferenz von Genua,** die zu dem vorgeschlagenen Zeitpunkt stattfinden wird, **teilzunehmen.** Die amerikanische Regierung würde indessen dem **Plan einer Wirtschaftskonferenz, die später,** das heißt, wenn Europa Zeit gehabt habe, wieder zu stabilen Zustände zu gelangen, abgehalten werde, günstig gegenüberstehen. — Reuter erfährt von zuständiger Seite, daß das Gerücht, wonach möglicherweise der Zeitpunkt der Einberufung der Konferenz von Genua hinausgeschoben werden würde, vollkommen unbegründet sei. Es sei sicher, daß **Lloyd George** an der Konferenz **teilnehmen** werde.

Die Stellungnahme der U.S.P.D.

Über den Verlauf der Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Fraktion der Unabhängigen veröffentlicht die Zentralleitung der U.S.P.D. in der „Freiheit“ eine längere Erklärung, in der mitgeteilt wird daß der **Steuerkompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien** von der **U.S.P.D. abgelehnt** wurde. Für diese Stellungnahme sei entscheidend, daß die Zwangsanleihe in keiner Weise geeignet sei, eine Sanierung der Reichsfinanzen und damit ein Stillstand der Notenpresse herbeizuführen. Die Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, die Reparationsverpflichtungen zu decken, und somit den inneren Etat weiter belasten. Die Zwangsanleihe sei nur eine gewisse Entspannung der Valutaschwierigkeiten im Augenblick. Eine Steuerreform erscheine der U.S.P.D. nach wie vor nur durch folgende Maßnahmen möglich, die außer der von der Regierung vorgeschlagenen Besitzsteuer **notwendig** seien:

1. Sofortige Erfassung der Goldwerte.
2. Sofortige Erhebung des Reichsnotopfers.
3. Sofortige Einziehung der Steuern von den Besitzenden.
4. Erhöhung der Ausfuhrabgaben und Erfassung der Auslandsdevisen.

Ultimatum der Eisenbahnbeamten.

Der **Reichsverkehrsminister** hat im Hinblick auf den Beschluß des Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, der Reichsregierung unter Stellung einer Frist Forderungen vorzulegen, den Reichsbahnbehörden eine Anweisung gegeben, in der es heißt:

„Jede **willkürliche Dienstverweigerung ist eine Verletzung der Amts- und Dienstpflichten** die den Beamten gegenüber der Allgemeinheit obliegen. Sie ist als Dienstvergehen **strafbar. Gleich wie das Reich nicht in der Lage ist, das Anstellungsverhältnis eines Beamten unter Außerachtlassung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu lösen, so steht auch dem Beamten ein Recht auf Arbeitsverweigerung nicht zu.** Gegen Beamte, die dieser Warnung entgegen ihre Pflicht verletzen sollten, ist unbeschadet der Bestimmung des § 14 Abs. 3, des Reichsbeamtengesetzes die Einleitung des förmlichen **Disziplinarverfahrens und die vorläufige Enthebung vom Dienst** alsbald herbeizuführen. Der erwähnte Paragraph des Reichsbeamtengesetzes **entzieht dem Beamten für die Zeit seiner unerlaubten Entfernung vom Dienst das Diensteinkommen.**“

Ein eigenartiger Presseprozeß.

Über einen eigenartigen Presseprozeß berichtet der „Vorwärts“. Der sozialdemokratische Redakteur **Kurt Lehmann** stand vor dem Landgericht Frankfurt a. O. unter der Anklage, das Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr beleidigt zu haben. Er hatte in einem Artikel von der „saufenden, hurenden und fressenden Offiziersmeute in der Etappe“ geschrieben. Der Angeklagte erklärte sich bereit, den **Wahrheitsbeweis** anzutreten, benannte über **1500 Zeugen für die Zustände in der Etappe** und legte zahlreiche Urkunden, Speisekarten aus Offizierskasinos usw. vor. Das **Gericht unterstellte sämtliche Beweisanträge als wahr,** verurteilte aber den Angeklagten zu 1500 Mark Geldstrafe mit der Begründung, daß es ein besonderes Etappenoffizierskorps nicht gegeben habe und daß durch den Artikel auch die **Frontoffiziere** beleidigt seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Etappe gekommen sei. Unter den vom Gericht als wahr unterstellten Beweisanträgen finden sich auch Bemerkungen über das Leben des ehemaligen Kronprinzen. So war aus dem Buche „Die Tragödie Deutschlands“ der Satz zitiert: „Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überschwemmten die Etappe.“ Ferner behauptet die Verteidigung, der ehemalge Kronprnz habe ein in seinem Etappenort wohnendes unbescholtenes junges Mädchen zu seiner Dirne gemacht und die empörten Eltern aus dem Dorfe abschieben lassen. All das wurde vom Gericht kurzerhand als wahr unterstellt.

Die furchtbare Notlage Oestereichs.

Reuter erfährt: Aus Wien in London eingetroffene Nachrichten erklären, der **Niedergang der Krone rief ein solch ungeheures Steigen der Preise** hervor, daß die **Lage verzweifelt** sei und **Unruhen zu befürchten seien.** Die österreichische Regierung habe deshalb den alliierten Mächten Vorstellungen gemacht, die Lage auseinandergesetzt und erklärt, das sie, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage **Hilfe aus dem Auslande einträfe,** jede Verantwortung für die Folgen ablehne. — Die „Westminster Gazette“ meldet, das die **britische Regierung** die Gewährung einer **Anleihe** von 2½ Millionen Pfund Sterling an Österreich **erwäge.** Als **Sicherheit** für diese Anleihe würden die **österreichischen Zölle** dienen.

Das Einkommen des Exkaisers Karl.

Die **Botschafterkonferenz** hat sich mit der **Apanage Karls von Habsburg** beschäftigt. Gerüchtweise verlautet, daß sie **6 Millionen Franken** im Jahre betragen werde. Sie geht **zu Lasten von Österreich,** Ungarn, der Tschecho-Slowakei, Südslawien, Italien und Rumänien.

Die Beisetzung des Papstes.

Aus **Rom** berichtet das WTB. vom 27. Januar. Die sterbliche Hülle des Papstes Benedikt XV. wurde gestern nachmittag in der Gruft des Vatikans gemäß dem letzten Willen des heiligen Vaters beigesetzt. Die Bahre war bei der Überführung von Offizieren der Nobelgarde umgeben. Unmittelbar darauf folgte der Kardinal Merry del Val als Erzpriester der Basilika, dann schlossen sich die Prälaten, die päpstlichen Würdenträger und der Kommandant der Nobelgarde an. Umgeben von allen Offizieren erwarteten die Kardinäle den Trauerzug, ebenso die Führer der diplomatischen Mission. Alle Anwesenden erhoben sich. Monsignore Panicani erteilte die Absolution. Der Tote wurde von der Bahre genommen und in den ersten Sarg gelegt. Der Archivar des Kapitels verlas das Prokokoll der Zeremonien, während der Präfekt des heiligen Stuhles Gesicht und Hände des Papstes mit weißseidenen Tüchern bedeckte, darauf wurde der Sarg geschlossen und die beiden einschließenden Särge versiegelt. Der Sarg wurde dann in die Krypta hinabgelassen. Der Erzpriester und die Domherren stiegen zur letzten Absolution hinunter. Die Gruft liegt in der Nähe der des Papstes Innozenz des VIII. und der Königin Christine von Schweden.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Das amtliche Ergebnis der Braunschweiger Landtagswahlen** lautet: Landeswahlverband 23 Sitze, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 17, Kommunisten 2 Sitze.

* **Die Reichstagsabgeordnete Frau Zietz (U.S.P.),** die vorgestern während der Rede des Grafen Westarp im Reichstag ohnmächtig wurde, ist gestern gestorben. Der Nachfolger der verstorbenen Frau Zietz im Reichstag wird nach der Wahlliste der unabhängige Postsekretär Wilhelm **Hoffmann** sein.

* **Beendigung des Eisenbahnerausstandes in Sachsen.** Dem Reichsverkehrsministerium vorliegenden Nachrichten zufolge ist **in Dresden der Ausstand der Eisenbahner beendigt.** Die Arbeit ist dort allgemein wieder aufgenommen worden. Es wird erwartet, daß auch in **Leipzig** und **Zwickau** die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen werden wird.

* **Die Regelung der amerikanischen Kriegsschäden.** Nach einer Havas-Meldung aus Washington wird der Betrag der **Schäden amerikanischer Staatsangehöriger** aus dem Kriege, zu deren Regelung, wie gestern gemeldet, wahrscheinlich auf Grund eines neuen deutsch-amerikanischen Vertrages eine Kommission eingesetzt werden soll, auf **400 Millionen Dollars** geschätzt. Es soll in der gemeldeten Sitzung des Kabinetts mit den republikanischen Führern der beiden Parlamentshäuser auch beschlossen worden sein, den **Deutschen den während des Krieges beschlagnahmten Besitz dann zurückzuerstatten, wenn die Forderungen der amerikanischen Bürger befriedigt seien.** Nach den offiziellen Berichten habe der Verwalter für das feindliche Eigentum noch 500 Millionen Dollars in den verschiedensten Formen in seinem Besitz, die Deutschen gehörten.

Badische Uebersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahnverkehr.

Vom Samstag den 28. Januar an verkehren die Schnellzüge **D 23 Ulm** ab 11 Uhr vorm., **München** an 1.30 nachm. und D 60 **München** ab 5.05 nachm., **Ulm** an 7,32 Uhr nachm. wieder regelmäßig.

Bahnsteigkarten. Mit Rücksicht auf die zum 1. Februar 1922 eintretende Tariferhöhung ist bestimmt worden, daß Bahnsteigkarten, die bis zum 31. Januar 1922 gelöst sind, ab 1. Februar 1922 zum Betreten der Bahnsteige nicht mehr gültig sind.

DZ. **Das Löffinger Hilfswerk.** Der mit dem Hilfswerk betraute Ausschuß hat nunmehr der Öffentlichkeit seinen endgültigen Abschluß vorgelegt. Danach sind bis zum 1 Januar dieses Jahres für das Hilfswerk eingegangen 725 215,80 M. Verteilt wurden an Brandgeschädigte 562 800 M. Weitere Beträge wurden aufgewendet für den Ankauf von Bekleidungsstücken und für Werbematerial, so daß im ganzen verausgabt wurden 570 741,51 M. Es verbleiben noch zur weiteren Verteilung 145 474,29 M., die zurückbehalten werden sollen, bis der Betrag durch weitere Eingänge und Zinsen auf 150 000 angewachsen ist. Dieser Betrag soll besonders bedürftigen Hausbesitzern zur teilweisen Deckung ihres Bauaufwandes und solchen nicht Hausbesitzern vorbehalten bleiben, bei welchen bis dahin noch eine besondere Bedürftigkeit feststeht.

DZ. **Bruchsal,** 26. Jan. Infolge der **Grippeerkrankungen** hatte die hiesige **Ortskrankenkasse** auch in der letzten Woche einen Aufwand von über 120 000 M. an Krankengeldern zu verzeichnen.

DZ. **Bretten,** 27. Jan. Der **Landesverein Badische Heimat** veranstaltet am 29. Januar bis 1. Februar in Bretten einen **Kurs in Heimatkunde** mit Vorträgen kultur- und naturgeschichtlichen Inhalts nebst einer Führung durch das Kloster Maulbronn.

DZ. **Malsch** bei Ettlingen. 26. Jan. Bei einem hiesigen Wirt wurde eine **geheime Schnapsbrennerei entdeckt** und ein Quantum **Syrup beschlagnahmt.**

DZ. **Offenburg,** 25. Jan. Der drohende Ausstand im Offenburger Transportgewerbe ist durch das Eingreifen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses verhütet worden. Die Arbeitnehmer haben die Entscheidung des Schlichtungsauschusses angenommen, während die Arbeitgeber von sich aus freiwillig eine höhere Teuerungszulage bezahlen werden.

DZ. **Freiburg i. Br.,** 26. Jan. Anläßlich des Ablebens des **Papst Benedikt** XV. hat der **Stadtrat** dem Erzbischof Dr. Karl **Fritz,** dem Oberhaupt der Oberrheinischen Kirchenprovinz, die herzlichste Anteilnahme ausgesprochen.

DZ. **Freiburg,** 26. Jan. Bei den **Holzversteigerungen des städtischen Forstamtes** werden in Zukunft **gewerbsmäßige Händler ausgeschlossen.** Es darf jeder Steigerer nur ein Los von vier Ster erwerben und nicht weiterverkaufen, anderenfalls er den doppelten Betrag des Kaufes als Vertragsstrafe zu zahlen hat.

DZ. **Hinterzarten,** 26. Jan. Das **Schöffengericht Tuttlingen** hatte einen **hiesigen Einwohner wegen Schleichhandels** mit Butter und Käse von Württemberg nach Baden zu der **Gefängnisstrafe von 4 Monaten** und zu der **Geldstrafe von 300 M. verurteilt.** Seine Berufung ist jetzt von der Rottweiler Strafkammer abgewiesen worden.

DZ. **Furtwangen,** 26. Jan. Der **Bau der Talsperre bei Föhrenbach** wird nunmehr in **Angriff genommen.** Die letzgenannte Gemeinde hat der Firma Dyckerhoff & Wiedmann in Karlsruhe die Arbeiten für die Staumauer, die Entlastungsanlage und den Druckstollen übertragen, während die Turbinen und die elektrische Ausstattung von der Firma Oberhad. Elektrizitäts- und Maschinengesellschaft in Villingen geliefert wird.

DZ. **Stockach,** 27. Jan. Die **Grippe** hat einen solchen Umfang angenommen, daß die **Volksschule** auf unbestimmte Zeit **geschlossen werden mußte.**

DZ. **Überlingen,** 25. Jan. Der **Bezirksrat** hat in 7stündiger Sitzung einstimmig beschlossen, die **Gemeinderäte** Kaufmann Albert **Posch** und Gipsermeister Karl **Müller** mit sofortiger Wirkung aus ihrem **Amt als Gemeinderat zu entlassen** und ihnen die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Müller hatte bereits vor Beginn der Sitzung sein Amt als Gemeinderat niedergelegt. Er war derjenige, der den letzten Konflikt im Überlinger Bürgerausschuß durch eine Äußerung gegen den Bürgermeister Emmerich veranlaßt hatte.

DZ. **Konstanz,** 24. Jan. (Schwurgericht. Die **Donaueschinger Falschmünzeraffäre Simon** fand vor dem hiesigen Schwurgericht nunmehr ihre Sühne. Der verheiratete 37 Jahre alte Photograph August Simon und dessen 46jähriger verheirateter Bruder, der Buchdrucker Emil Simon aus Donaueschingen hatten im Verein mit dem 33jährigen verheirateten Koch August Aigner und dessen Ehefrau, der Ehefrau des August Simon und der Photographengehilfin Johanne Hornegger im Sommer 1920 eine umfangreiche Fabrikation falscher Fünfzigmarkscheine in Szene gesetzt. August Simon hatte nach mehrmonatigem Studium ungefähr 1800 falsche Scheine hergestellt, deren Vertrieb Aigner übernommen hatte, der zu diesem Zwecke nach Berlin, Nürnberg und München fuhr. Aus Angst vor Entdeckung will er für etwa 30 000 M. falsche Scheine verbrannt haben. Da Aigner das Geschäft nicht gewinnbringend genug gestaltete, beschlossen die Brüder Simon, das Geschäft im Sommer 1921 allein zu machen. Weitere 1000 Stücke wurden in Umlauf gesetzt, die von Emil Simon, der Ehefrau des August Simon und der Hornegger in verschiedenen Städten Badens, Bayerns und Württembergs in Umlauf gebracht wurden, bis Emil Simon und die Ehefrau des August Simon in Reutlingen festgenommen wurden. Seitens der Reichsbank wurden 1533 falsche Scheine festgestellt. Die drei männlichen Angeklagten wurden zu je 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, die Frauen kamen mit Gefängnisstrafen von 1 Jahr, 10 Monaten und 8 Monaten davon.

DZ. **Konstanz,** 24. Jan. Das **Disziplinarverfahren** gegen Stadtrat **Steimer** ist eingestellt worden, da für die von der „Thurgauer Zeitung“ gegen Stadtrat Steimer erhobenen schweren Vorwürfe wegen verschiedener Vergehen im Amt jeglicher Beweis fehlt. Irgend ein strafbares Vergehen im Amt konnte nicht nachgewiesen werden. Dem Angestellten des Wohnungsamtes, auf dessen Verleumdung hin die Gerüchte über Stadtrat Steimer entstanden sind, wurde gekündigt.

Aus der Landeshauptstadt.

Bürgerausschuß.

Im Bürgerausschuß wurde gestern auf eine kurze deutschnationale Anfrage betr. die Vereinigung abgesonderter Gemarkungen, insbesondere der Hardtwaldgemarkung, mit benachbarten Gemeinden folgende Antwort erteilt: Der Stadtrat hat bereits im Dezember 1919, nachdem eben der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung erschienen war, der die Vereinigung abgesonderter Gemarkungen mit benachbarten Gemeinden vorsah, das Ministerium der Finanzen unter Hinweis auf die vorgesehene gesetzliche Bestimmung gebeten, irgendwelche Veränderungen, Veräußerungen und dergl. von Hardtwaldgelände nicht mehr vorzunehmen ohne der Stadtgemeinde Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen und hat gleichzeitig Auftrag zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Aufteilung der Hardtwaldgemarkung gegeben. Diese Vorschläge liegen vor. Mit der Regierung sind darüber Verhandlungen nicht gepflogen worden. Das Ministerium der Finanzen hat auf unsere Anfrage sich vorbehalten, zu gegebener Zeit seinerseits die Verhandlungen aufzunehmen. Bis jetzt ist das nicht geschehen. Angliederungen kleinerer Stücke der Gemarkung Hardtwald an die städtische Gemarkung aus Anlaß von **Siedlungsbauten** und der **Anlage des Rieselfeldes auf dem Exerzierplatz** haben stattgefunden, teils sind sie in der Schwebe. Schon im Jahre 1920 aufgetauchte **Gerüchte,** daß über die Auflösung der abgesonderten Gemarkung Hardtwald mit anderen Gemeinden verhandelt werde, sind von dem Ministerium der Finanzen dementiert worden.

Im Rahmen der Tagesordnung wurden dann zunächst die miteinander verbundenen Vorlagen über die Änderung der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bestimmungen über die **Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten und Einreihung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse A** nach längerer Debatte angenommen. Weiter genehmigte der Bürgerausschuß eine **Anzahl Krediterhöhungen**, die Einrichtung von Schulsälen in der Telegraphenkaserne und die Erhöhung des Tarifes der Karlsruher Lokalbahn.

Pressefest 1922. Das Programm für die Wohltätigkeitsveranstaltung des **Vereins Karlsruher Presse** am 4. Februar „Eine Nacht am Bosporus" steht in skizzenhaften Zügen fest. Von der Erfahrung ausgehend, daß bei Festen, in denen dem Ball eine hervorragende gesellschaftliche Rolle zugeteilt ist, auch das geistreichste Wort nicht so zur Geltung kommt, wie dies der Fall sein müßte, wurde beschlossen, vor allem dem Auge durch Pracht, Fülle und Kunsttanz etwas zu präsentieren. Von diesem Gesichtspunkt aus muß zunächst der „Einzug des Sultans" mit großem Gefolge im großen Saal beurteilt werden. Nachdem dieser vorüberging, tritt das **Ballettkorps** unter Führung seiner Meisterin, Frl. **Bourgeau**, auf den Plan. Es gibt zunächst einen Schleiertanz, bei dem ihr von 4 Ballettkräften assistiert wird. Das Ballettkorps wird dann durch einen Bajaderentanz entzücken, dem als „Hauptattraktion" ein „Rosentanz" folgt. Des weiteren ist als dritte Schaunummer ein türkischer „Wanderzirkus" vorgesehen.

Im kleinen Saal (Harem genannt) wird die Kapelle des „Odeon" unter ihrem Leiter **Hunnacek** mit ihrer flotten Musik sich in Stimmungserzeugung betätigen. Hier ist eine Reihe von Einzeldarbietungen vorgesehen, die in gesanglichen, tanzmäßigen und zirzensischen Dingen bestehen werden. Außerdem kommt auch der Tanz zum Recht. Die anschließende „Opiumhöhle" wird in den Dielenbetrieb des kleinen Saales mit einbezogen, so daß hier ein künstlerisches Ganzes angetroffen wird.

---

5. Sinfoniekonzert des Landestheaterorchesters. Die Aufführung der für das 5. Sinfoniekonzert am Montag, den 30. d. Mts. vorgesehenen **Alpensinfonie** von Richard **Strauß** bietet derzeit unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Kosten für die große Zahl der notwendigen Verstärkungsmusiker sind infolge der seit der Aufstellung des Programmes eingetretenen Steigerung der tariflichen Vergütung dieser Musiker so hoch, daß sie für das Landestheater unerschwinglich geworden sind. Deshalb muß leider **von diesem Programm abgesehen werden.** Um eine einheitliche musikalische Leitung sämtlicher Sinfoniekonzerte durch Herrn Operndirektor Cortolezis zu sichern, muß das 5. Konzert **auf Montag, den 20. Februar verlegt** werden. Das Programm dafür wird noch bekannt gegeben werden. Die zahlreichen Wünsche aus den Kreisen der Konzertbesucher nach einem **Beethoven-Abend** werden anläßlich des **für die Unterstützungskasse des Landestheaterorchesters** geplanten **Sonderkonzertes** erfüllt werden. Dieser Sonderveranstaltung wurde die Aufführung weiterer Werke Beethovens, der bis jetzt mit einer zweimaligen Aufführung der Missa solemnis im diesjährigen Winterprogramm vertreten war, vorbehalten.

Die „Badischen Lichtspiele" (Konzerthaus) brachten am Donnerstag eine begrüßenswerte Neuerung, die zweifellos geeignet ist, den bildenden Wert der Veranstaltungen noch zu steigern. Als Einleitung zu dem interessanten Schneeschuhfilm wurden zunächst eine Reihe trefflich ausgewählter Lichtbilder gezeigt. Diese stammten aus der wertvollen Sammlung des Herrn Prof. Dr. **Paulke** von der hiesigen Hochschule. Die Bilder zeigten in charakteristischen Aufnahmen Entstehung, Wachsen und Bewegung der Gletscher, Bildung von Gletscher, Brüchen und Gletscherspalten, von Seracs und Moränen. Herr stud. **mach. Richter**, selbst ein erfahrener Sportmann und Alpinist, gab dazu in klaren und anschaulichen Worten Erläuterungen. Der anschließende Film ließ die Beschauer an einer Wanderung durch das verschneite Hochgebirge teilnehmen. Wir sahen die mühevolle Besteigung des Monte-Rosa, des zweithöchsten Gipfels der Alpen, durch den bekannten Alpinisten Herrn Dr. Tauern mit einigen Begleitern. Großartige Ausblicke, die wir mitgenießen dürfen und eine wunderbare lange Abfahrt in herrlichem Pulverschnee belohnt die Bergsteiger für alle Mühen des Aufstiegs. Dieser Film dürfte bei allen Natur- und Sportfreunden lebhaften Anklang finden. — Im nächsten Film wurde man in das äquatoriale Afrika geführt in den ehemaligen deutschen Sudan. Der Afrikaforscher Schomburgk hat in diesem anerkannt vortrefflichen Film eine wertvolle ethnographische Studie geschaffen, die uns in die Sitten und Gebräuche verschiedener Negerstämme, in Gewerbe, Handel und Industrie des dunkeln Erdteils Einblicke tun läßt, die uns äußerstes Interesse abnötigen, namentlich wenn sie von einem so anschaulichen, mit gesunden Humor durchzogenen Vortrag begleitet sind, wie ihn Herr Oberstleutnant a. D. **Holtz** (früher in der Schutztruppe), ein geborener Karlsruher, gab. (Vergl. Anzeige.)

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgesonderten Rubrik beachtenswerte Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Krise in der „Deutschen Studentenschaft".

Von dem Leiter des 6. (Südwestdeutschen) Hochschulkreises der „Deutschen Studentenschaft", Herrn cand. ing. Otto **Fremerey-Karlsruhe**, erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um **Abdruck**:

Die „Deutsche Studentenschaft" wurde vor nunmehr 2½ Jahren auf dem ersten Studententag in Würzburg gegründet, in der Hoffnung, daß das Band der Einheit, welches die nun zurückkehrenden alten Kriegskameraden umschlang, sie auch weiterhin als Studenten zusammenhalten würde. In diesem Gedanken steckte sich die damals junge Organisation der „Deutschen Studentenschaft" hohe und weitreichende Ziele und glaubte, von den gemeinsamen Idealen des Akademikers, des Jugendhaften und des Wiederaufbauers des zerschlagenen Vaterlandes ausgehend, diese kulturpolitischen, völkischen und nationalen Ziele auch in ihrem Kreise innerhalb des Volksganzen erreichen zu können. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre und ganz besonders die beiden letzten großen **Studententage** in **Göttingen** und **Erlangen** hat nun leider bewiesen, daß diese Voraussetzung der Einheit, der Homogenität, innerhalb der gesamten deutschen Studentenschaft eine falsche war! An Stelle sachlicher Arbeit im Sinne dieser ursprünglichen Zielsetzung verlor man sich auf den Studententagen und in der großen Tagespresse in uferlose Debatten über Verfassungsfragen; über die Frage der Zugehörigkeit zur „Deutschen Studentenschaft" insbesondere. Zur „Deutschen Studentenschaft" gehörten damals alle reichsdeutschen Staatsangehörigen und alle Auslandsdeutschen deutscher Abstammung und Muttersprache. Durch die Auffassung der Studentenschaften der österreichischen Hochschulen wie der eines Teiles des Reiches, wonach unser „deutsch" nur „arisch" gemeint sein könnte, wurden diese Verfassungsstreitigkeiten zu noch fruchtloseren Judendebatten, die allmählich einen solchen Umfang annahmen, daß den vielen, durchweg ehrenamtlich in der „Deutschen Studentenschaft" tätigen Studierenden die Mitarbeit an den sachlichen und hierin besonders den heute so wesentlichen wirtschaftlichen Aufgaben ungeheuer erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht wurde.

In klarer Erkenntnis dieser Lage, die notwendig bald zu einem völligen Zusammenbruch der „Deutschen Studentenschaft" führen mußte, haben sich deren Mitbegründer, u. a. die Herren Dr. **Benecke-Berlin**, **van Aubel-Berlin**, **Bergstraesser-Heidelberg**, **Heyl-Hamburg**, Frl. Dr. **Klein-Berlin**, **Erichsohn-Marburg** u. a. m., zusammengetan und dem am 14. Januar in **Göttingen** zusammengetretenen Hauptausschuß (dem erweiterten Vorstand) der „Deutschen Studentenschaft", dem auch die Kreisleiter angehören, Vorschläge zu einer grundlegenden Änderung im Sinne der Gesundung und Lebenserhaltung der deutschen Studentenschaft unterbreitet.

In unermüdlicher Tag- und Nachtarbeit haben die Führer der „Deutschen Studentenschaft" gemeinsam mit den Vertretern der großen studentischen politischen Gruppen (Deutscher Hochschulring einerseits — Kreise um Dr. Benecke und sogenannte Minderheiten andererseits) eine **Notverfassung** ausgearbeitet, die am 16. Januar **einstimmig** vom gesamten Hauptausschuß **genehmigt** und **unterzeichnet** wurde und am 18. Januar (in bewußter Symbolik!) veröffentlicht wurde, und mit diesem Tage in Kraft trat. Durch diese Notverfassung, deren wichtigste Paragraphen betr. Zugehörigkeit zur „Deutschen Studentenschaft" und Zielsetzung kurz folgen, glaubt man die leidige **„Judenfrage"** ein für allemal **aus dem Rahmen der „Deutschen Studentenschaft" zu lösen** zum Segen sachlicher und unparteiischer, gemeinnütziger Arbeit! Doch hat diese Notverfassung noch weitere Bedeutung: die **Einschränkung des Aufgabengebietes** bedeutet Resignation; Resignation infolge der klaren Erkenntnis der Aufgaben, in denen die gesamte Studentenschaft **auch** in den Wirren der **heutigen** politisch hochgespannten Zeit, **noch durchaus eine Einheit** darstellt. Man beschränkt sich mit dieser Notverfassung also, unter Verzicht auf die völkischen und national-kulturellen Aufgaben, auf die rein sachlichen Aufgabengebiete!

Die österreichischen und sudetendeutschen Studentenschaften **sind** — und das wurde allseitig sehr schmerzlich empfunden — mit diesem 18. Januar aus der „Deutschen Studentenschaft" **ausgeschieden**. Es war die Not, die auf Grund der ganz anderen dortigen Verhältnisse und damit dortigen Anschauungen ein weiteres Zusammenleben mit den österreichischen Brüdern unter einem Dach unmöglich machte. Wir sind schweren Herzens auseinandergegangen, wissen aber — drüben wie hüben —, daß die einmal **geknüpften Bande der Freundschaft durch** diese äußere **Trennung nur um so inniger** uns stets verbinden werden.

Die entscheidenden Stücke der Notverfassung („Januar-Verfassung") der „Deutschen Studentenschaft" vom 18. Januar **1922** lauten:

Stück 1. Zugehörigkeit zur „Deutschen Studentenschaft".

Die „Deutsche Studentenschaft" besteht aus den Studentenschaften der Hochschulen des Deutschen Reiches und der Studentenschaft der Technischen Hochschule **Danzigs**.

Stück 2. Zugehörigkeit zur Einzelstudentenschaft.

1. Die Mitgliedschaft zur Studentenschaft einer Hochschule besitzen die Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit.

2. Auf Antrag muß die Mitgliedschaft zuerkannt werden

a) den Studierenden, die vor dem 11. Novemuer 1918 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen;

b) **den Studierenden deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeit;**

c) den auslanddeutschen Studierenden (**Sudetendeutschen, Deutsch-Balten und Deutschen außerhalb eines geschlossenen deutschen Sprachgebietes,** ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses), sofern sie vom Rektorat (Direktorat) als solche anerkannt sind.

Stück 3. Aufgabengebiet.

1. Die **Einzelstudentenschaft** hat ausschließlich folgende Aufgaben:

1. **Ausübung der hochschulbürgerlichen Rechte und Pflichten** auf den Gebieten, in denen durch Anordnung des Ministers oder der Hochschule die Mitarbeit von Studenten vorgesehen ist (insbesondere Entsendung von Vertretern in die Ausschüsse der Hochschule, Immatrikulation, Studienfragen, Disziplinarangelegenheiten, Ehrenordnung, Lehrübungen);

2. Wirtschaftliche Fürsorge für alle Mitglieder der Studentenschaft durch eigene wirtschaftliche Einrichtungen, sowie Vertretung und Mitwirkung an allen für die Studentenschaft geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen.

2. Die **„Deutsche Studentenschaft"** behandelt ausschließlich die der Einzelstudentenschaft zugewiesenen Aufgaben, soweit diese im Rahmen der Einzelstudentenschaften nicht zu lösen sind oder der Vertretung durch den Verband bedürfen, insbesondere die Aufrechterhaltung und Förderung einer starken wirtschaftlichen Selbsthilfe.

3. Hinzu tritt die Pflege der Beziehungen zu Studentenschaften des Auslandes.

4. Bei der Erfüllung der Aufgaben ist der **Austrag politischer und weltanschaulicher Gegensätze ausgeschlossen.**

Nach Annahme dieser Notverfassung durch den Hauptausschuß ist es die schwere Aufgabe der 8 reichsdeutschen Kreisleiter, die Begründung dieses weittragenden Schrittes den örtlichen Studentenschaften überzeugend zu vermitteln. Schwer deswegen, weil die größte Gruppe innerhalb der Studentenschaften, der „Hochschulring Deutscher Art" dieser Notverfassung naturnotwendig, aus seinen völkischen und nationalkulturellen Grundsätzen heraus, feindlich gegenüberstehen muß.

Umsomehr ist es zu begrüßen, wenn am Donnerstag voriger Woche — und das darf wohl als ein gutes Omen angesehen werden — die Vertretung (Kammer oder A. St. A.) der **Studentenschaft** der Technischen Hochschule **Karlsruhe**, wohl als erste aller deutschen Studentenschaften, diese Notverfassung **einstimmig, auch mit sämtlichen Stimmen des Karlsruher Hochschulringes, angenommen** hat.

Diese Annahme bedeutet für viele Studenten das Höherstellen der Notlage unserer Zeit und der daraus entspringenden Aufgaben über die prinzipiellen Weltanschauungsfragen! Damit eröffnet diese kleine **Tat** innerhalb der „Deutschen Studentenschaft" einen weiten Ausblick in die Zukunft des „Deutschen Reiches", indem sie uns zeigt, **daß unter Umständen scheinbar unumstößliche Grundsätze zurücktreten müssen hinter der Not und den Aufgaben, die das Schicksal dem Staat und dem Staatsbürger stellt!** Mögen dieser kleinen Tat in Deutschlands Jugend mehrere und größere von Deutschlands verantwortlichen Führern folgen!

Staatsanzeiger.

Die Landwirtschaftsschule Hochburg betr.

Die Ackerbauschule Hochburg geht am 1. Februar 1922 in Staatsbetrieb über und führt die Bezeichnung **Landwirtschaftsschule Hochburg.**

Karlsruhe, den 27. Januar 1922.

Ministerium des Innern:
Der Ministerialdirektor:
Leers.

Sonntag, den 29. Januar
Landestheater.
In der Wandelhalle des I. Ranges vorm. 11¼ Uhr Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes: Vortrag von Dr. Karl Wolff, Dramaturg des Sächs. Landestheaters Dresden **„Vom Sinn und Unsinn des Theaters"**. Karten für Mitglieder des Theaterkulturverbandes 3 Mk., für Nichtmitglieder 6 Mk. an der Theaterkasse.

Landestheater.
Abds. 6½–g. 9½ Uhr M. 50
Uraufführung:
Liebesmacht.
Oper in 3 Akten von Rudolf Lothar, Musik von Alfred Lorentz.

Konzerthaus.
7—9 Uhr.
Mk. 21.70
Börsenfieber.

Die Alemannenhaus G. m. b. H. Freiburg i. Br. ist in Liquidation getreten. Die Gläubiger der Gesellschaft werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen bei dem Unterzeichneten anzumelden.
Freiburg i. Br., den 20. Januar 1922.
Der Liquidator:
Dr. Adrion. L.665

Schluß der Beantwortung
unserer 1500 Mark-Preisfrage
Montag, den 30. Januar 1922, abends 7 Uhr.
Stimmkarte kostenlos im K.985
GEBO-SEIFENHAUS
Kaiserstraße 36a.

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-:
Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:
K. 959

Frachtbriefe
in alter Fassung
gelten bis Ende Juni
Preis **nur 8 Pfg.** das Stück, viel billiger als die neuen, die doppelten Umfang haben!
Noch lieferbar, so lange Vorrat, bei
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 14.

Charakter-deutung
(20 Zeilen in Tinte geschr.) Mark 6.60 R.568b
Graphолog. Institut
K. H. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Faschinendraht.
Die Lieferung des für das Baujahr 1922/23 erforderlichen Faschinendrahtes — 6350 Kg. — wird nach Maßgabe der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich vergeben. Bedingungen und Bedarfsliste können von unserer Kanzlei gegen Einsendung von 1,50 M. zuzüglich 2 M. bei Versendung der Bedingungen nach auswärts bezogen werden. Angebote nach 100 Kg. sind verschlossen mit der Aufschrift „Faschinendrahtlieferung" unter Beilage eines Musters oder mit Angabe der Bezugsquelle bis längstens bis zu der am **20. Februar 1922** stattfindenden Eröffnungsverhandlung bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 21. Jan. 1922.
Badische Wasser- und Straßenbau-Direktion.

Die Maurer-, Zimmer-, Blechner-, Verputz-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Tüncherarbeit für den Einbau einer Dachstockwohnung im Aufnahmegebäude in Rastatt öffentlich zu vergeben. Zeichnungen, Bedingnisheft u. Arbeitsbeschriebe liegen bis einschl. 11. Februar bei der Bahnmeisterei Rastatt zur Einsicht auf, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Weitere Auskunft erteilt unser Hochbaubüro Karlsruhe. Angebote, verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift versehen, sind bis längstens **Montag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Karlsruhe, 25. Jan. 1922.
Bahnbauinspektion 2.

Anhang zu den badisch. Gütertarifen.
Auf den 1. Februar 1922 erscheint Nachtrag VIII. Verkaufspreis 30 Pf.
Karlsruhe, 26. Jan. 1922.
Eisenbahngeneraldirektion.

Erhöhung der Eisenbahntarife.
Bahnsteigkarten, die bis einschließlich 31. Januar 1922 gelöst sind, dürfen ab 1. Februar 1922 zum Betreten der Bahnsteige nicht mehr benutzt werden.
Karlsruhe, 28 Jan. 1922.
Eisenbahngeneraldirektion.

Vereins-Register.
Säckingen. L.704
In das Vereinsregister O.-Z. 36 wurde heute eingetragen: **Wassersportverein Warmbach — Bad. Rheinfelden** mit dem Sitz in Badisch Rheinfelden.
Säckingen, 23. Jan 1922.
Bad. Amtsgericht.